



TARIFVERHANDLUNGEN

Warnstreiks im öffentlichen Dienst Bremen

Am 20. Februar und am 5. März fanden in Bremen beim öffentlichen Dienst Warnstreiks statt. Die Arbeitgeber hatten in den vorausgegangenen Verhandlungsrunden keine Angebote gemacht. In der zweiten Runde erklärten sie, dass sie erst über die Forderungen der Verhandlungsführer von ver.di, GEW und GdP nachdenken müssten.

Die Warnstreiks in Bremen und den anderen Ländern sollten den Arbeitgebern zeigen, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht gewillt sind, von ihren Forderungen abzurücken.

Während beim ersten Warnstreik die Kolleginnen und Kollegen von ver.di und GEW ganztätig streikten, legten unsere Tarifbeschäftigten am 20. Februar in den Bereichen von Polizei und Stadtamt ab 10.00 Uhr die Arbeit nieder. Sie trafen sich mit den anderen Streikenden im DGB-Haus, um sich dort in die Streiklisten einzutragen.



Foto: Anne Wohlers

Der erste Warnstreiktag ging mit einer hohen Medienpräsenz um 15.00 Uhr zu Ende.

Auch der zweite Warnstreik ein voller Erfolg

Am 5. März begann ein zweiter, diesmal auch für die Mitglieder der GdP ganztätiger Warnstreik. Etwas über 100 Tarifbeschäftigte legten im Stadtamt und im Polizeipräsidium die Arbeit nieder. Ein Demonstrationzug unter Beteiligung von rund 2000 Beschäftigten, überwiegend von GEW und GdP, nahm um 11.00 Uhr seinen Anfang am DGB-Haus. Nach zwei Zwischenkundgebungen bei der Senatorin für Bildung und bei der Senatorin für Finanzen fand vor dem Rathaus eine abschließende Kundgebung statt. In ihren Reden unterstrichen die Verantwortlichen von GEW (Christian Gloede) und GdP (Horst Göbel), dass die Beschäftigten nicht als Bittsteller zur Senatorin kämen, sondern als selbstbewusste Beschäftigte, deren Arbeit es wert sei, gut bezahlt zu werden.

An diesem zweiten Warnstreiktag beteiligte sich trotz der kurzen Mobilisierungsphase eine große Anzahl von Kolle-

ginnen und Kollegen aus dem Vollzugsdienst. Sie zeigten damit, dass sie nicht gewillt sind, sich durch die Finanzsenatorin von der Tarifenwicklung abhängen zu lassen und signalisierten ihre Kampfbereitschaft.

Der Landesvorstand



Foto: Anne Wohlers

Im Anschluss gab es einen Demonstrationzug, der auch zur Finanzsenatorin führte.

Auf der abschließenden Kundgebung vor dem Hauptbahnhof bekräftigten die Sprecher der drei ÖD-Gewerkschaften ihre Forderungen im Beisein von rund 1500 Beschäftigten. Der Landesvorsitzende der GdP, Horst Göbel, begrüßte in seiner Rede die Finanzsenatorin und sprach von einer „fleischgewordenen Schuldenbremse“.



Foto: Wolfgang Ahlers



Kein Geld für ...

... Überstunden,

obwohl sie allgegenwärtig sind und wiederkehrend anfallen – in Sonderlagen, für erforderliche Fortbildungen, beim täglichen Einsatz.

Es ist jedoch zu fragen, wie die permanent anfallenden Überstunden abzubauen sind – etwa durch Zeitausgleich? Selbstverständlich ist es, den engagierten Kolleginnen und Kollegen zu ermöglichen, die „geopferte“ Freizeit an anderer Stelle auszugleichen. Hierzu fehlt aber eine eindeutige Regelung, und die Personalstärke lässt es nicht zu, einen verlässlichen Zeitausgleich zu gewähren. Kurzfristige Einsätze und Krankheitsfälle erschweren im erheblichen Maß das fest zugesagte Frei. Oftmals bleibt nur die



Möglichkeit, an Tagen Stunden abzubauen, die aus sozialer, aber auch aus gesundheitlicher Hinsicht sinnlos sind: Ist es beispielsweise immer vertretbar, Überstunden von einem Wochenendeinsatz zwischen zwei Nachtdiensten unter der Woche abzubauen? Darüber freut sich nur der Dienstherr, aber nicht die Kollegenschaft. Zeitausgleich ist und bleibt wichtig, allerdings nicht um jeden Preis.

Anträge auf Bezahlung von Überstunden werden einfach nicht bearbeitet

Aus diesen Gründen hat die Behördenleitung im Einvernehmen mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung in Kraft gesetzt, die eine angemessene Re-

TERMIN

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2013, Landesjournal Bremen, ist der 8. April 2013.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

BEIHILFE

Verzögerte Auszahlung der Beihilfe

So wie in Bremerhaven gab es auch in Bremen vermehrt die Klagen von Kollegen, dass die Auszahlung der Beihilfe in den letzten Wochen in größeren Zeitabständen als gewohnt verlief. Die GdP fragte beim Geschäftsführer der Performa Nord, Herrn Claus Suhling, nach, welche Gründe es dafür gibt und wie Abhilfe zu schaffen sei. Herr Suhling gab darüber folgende Aufklärung:

Zum Jahreswechsel 2012/2013 wurde das für die Abrechnung der Beihilfe eingesetzte IT-Verfahren abgelöst. Die Dauer des Umstellungsprozesses sowie die Qualifizierung im neuen System haben nicht unerhebliche Ressourcen gebunden und binden diese – zunehmend weniger – leider immer noch.

Gleichzeitig erreichen wir mit dem neuen auch in Hamburg und Schleswig-Holstein im Einsatz befindlichen System noch nicht die bisherigen Spitzenfrequenzen in der Fallbearbeitung. Krankheitsbedingte Ausfälle haben diese Situation leider weiter zugespitzt. Trotz des hohen persönlichen Engagements der Kolleginnen und

Kollegen in der Beihilfe sowie flankierender Maßnahmen sind die dadurch entstandenen Rückstände und die infolge unverhältnismäßig hoher Neuanträge weiter steigenden Belastungen nicht kurzfristig zu kompensieren. Leider kommt es daher bei Anträgen mit nicht ersichtlich hohen Beihilfeansprüchen zu deutlich verlängerten Bearbeitungszeiten. Der jeweilige Bearbeitungsstand (zurzeit Eingang Ende 2012) ist bei der Auskunft von Performa Nord zu erfahren.

Performa Nord ist bemüht, in den kommenden Monaten die Bearbeitungszeiten sukzessive wieder deutlich zu reduzieren und bittet bis dahin um Verständnis.

Als Beihilfeberechtigte können Sie diesen Prozess unterstützen, indem Sie von Nachfragen bei den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern absehen, soweit zumutbar lieber wenige Anträge mit höheren Beihilfeansprüchen stellen und auf besondere Härten bei der Antragsstellung durch den Hinweis „Eilt! Antragssumme 1500 € oder mehr“ hinweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Claus Suhling

Geschäftsführer Performa Nord

In beiden Städten bleiben wir weiterhin am Ball und werden euch berichten.

Der Landesvorstand



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

gelung zum Abbau der Überstunden beinhaltet. Und nun werden Überlegungen angestellt, diese Dienstvereinbarung aufzukündigen, die vorsah, zumindest einen Teil der Überstunden finanziell zu entschädigen. Aber darüber wird nicht offen gesprochen, sondern die gestellten Anträge werden nicht bearbeitet bzw. beschieden. Als wenn diese Art des Umgangs nicht schon traurig genug wäre, wird eine verbindliche Verpflichtung zum Abbau der Überstunden von den Kolleginnen und Kollegen dennoch gefordert – gegen Zusage eines urlaubsgleichen Frei. Wie dieses Frei bei nicht verlässlichen Personalzahlen und zusätzlichen Abordnungen bei bereits ausgeschöpfter Urlaubsquote noch zugesagt werden soll, ist unklar, denn die vorgeschriebenen Dienststärken müssen natürlich beachtet werden!

Schön wäre es, wenn Überstunden gar nicht erst anfielen – dann wäre Dienstzeit auch planbar(er). Da dem aber nicht so ist und der sinnvollere Ausgleich in Freizeit nicht immer möglich ist, muss der alternative finanzielle Ausgleich weiter stattfinden!

Bremen bekommt Einsätze in anderen Ländern bezahlt, leider nicht die Beamten

Bei der Bereitschaftspolizei wird ein ganz erheblicher Anteil der Überstunden durch überörtliche Unterstützungseinsätze verursacht. Im Umkehrschluss könnte das bedeuten, dass Bremen keine Kräfte mehr in überörtliche Einsätze entsenden sollte. Aber ist das richtig? Auch Bremen hat mit dem Bund ein Abkommen unterzeichnet und sich verpflichtet, andere Länder bei der Bewältigung von Einsatzlagen zu unterstützen. Und hierbei sind Personalstärken vorzuhalten, die in den Verwaltungsabkommen aufgeführt sind. Der „Bremer Standard“ von 1:24 missachtet hingegen diese Vorgabe. Dennoch wird Bremen gefordert bleiben, im Sinne des Verwaltungsabkommens einen angemessenen Beitrag zu leisten. Ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Verwaltungsabkommens ist nahezu fahrlässig: Bremen erhält als Gegenleistung für die länderübergreifende Unterstützung finanzielle Hilfen vom Bund für die Ausstattung; und die Bereitschaftspolizei ist auf diese Mittel angewiesen, andernfalls ist die Funktionsfähigkeit stark beeinträchtigt. Aber wie sollen die anfallenden Überstunden aus diesen Einsätzen bezahlt werden? Dazu könnte ein Teil der Kostenerstattung verwendet werden, die Bremen für die Entsendung der Kräfte

in überörtliche Einsätze erhält. Hier bleibt jedoch eine Frage offen: Wo bleibt eigentlich dieses Geld?

... Personal.

Im Rahmen einer Struktur- und Organisationsuntersuchung wurde 2003 ein weiterer Anstieg des Ressourcenbedarfs für die Aufgabenwahrnehmung vorausgesagt, mit einer entsprechenden Ressourcenvermehrung war dagegen nicht zu rechnen. Mit der folgenden Polizeireform erfolgte eine umfassende Neustrukturierung der Aufgabenwahrnehmung im Kernbereich der polizeilichen Aufgaben, um diese sich vergrößernde „strategische Lücke“ zwischen Aufgabenbelastung und verfügbaren Ressourcen zu schließen. Für das zu bearbeitende Auf-

man in der Evaluation der Polizeireform in 2009 bereits „eine nicht unerhebliche Arbeitsverdichtung sowie eine hohe Anforderung an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hinblick auf Bedarfsorientierung und Flexibilisierung“ festgestellt hat, wird das Personal weiter belastet. Lebensarbeitszeitverlängerung, Zuweisung von Zweitfunktionen in der Sonderlage – selbst für Sonderlagekräfte –, Erhöhung der Bedarfsorientierung und Flexibilisierung.

Gleichzeitig ist die Vorgabe zu erfüllen, den Qualitätsstandard der Bereitschaftspolizei zu steigern. Dazu sind Funktionen für die Beweissicherung und Dokumentation vorzuhalten, die Befehlsstellen sind mit ausgebildetem Personal zu besetzen oder es ist Personal für den Ausbildungsbereich abzustellen.



Einsätze der Bereitschaftspolizei zu jeder Tages- und Nachtzeit sind ohne Überstunden nicht mehr denkbar.

gabenprofil bezifferte die Polizei den notwendigen Personalbedarf auf 2600 Vollzeitstellen. Diese Zahl wurde aber nur zu Beginn der Reform erreicht. Die Einstellungszahlen in den Jahren 2005 ff verursachten ein kontinuierliches Absinken der Personalstärken, da sie viel zu gering waren, um die vorhersehbaren Altersabgänge auszugleichen.

Abwärtstrend bei Personalzahlen nicht gestoppt

Zwischenzeitlich erhöhte Einstellungszahlen und eine „Aufgabenkritik“ – eigentlich nur Umsteuerung von Personal durch Absenkung von Standards – können den zusätzlich erkannten Personalbedarf nicht decken und den Abwärtstrend bei den Personalzahlen nicht stoppen. Stattdessen wird die Personalzahl zu einem „willkürlichen“ Zeitpunkt eingefroren und ohne Rücksicht auf Bedarfe als neue Zielzahl festgesetzt. Und obwohl

Wer Neues will, muss Personal einwerben

Die Einsatzzüge als Personalreservoir zu nutzen ist unehrlich! Dieses für andere Aufgaben abgezogene Personal steht dann nicht mehr für die originäre Aufgabenbewältigung zur Verfügung. Wer Neues will, muss vorher (!) das dafür erforderliche zusätzliche Personal einwerben. Gleiches gilt für frei werdende Stammpersonalstellen: Diese müssen umgehend wieder besetzt werden, wenn eine Aufgabenbewältigung nicht gefährdet werden soll. Und mit den jetzt für drei Jahre beschlossenen Einstellungszahlen wird es ab 2017 zum nächsten Personalengpass kommen!

... eine gerechte Bezahlung.

Eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen der Polizei nehmen Aufgaben

Fortsetzung auf Seite 4



GdP-JUBILÄUM

50 Jahre unter einem guten Stern!

Seit 50 Jahren gibt es den GdP-Landesbezirk Bremen und seit 60! Jahren seine Kreisgruppe in Bremerhaven. Die Gründung unseres Landesbezirks haben wir in der letzten Ausgabe bereits dargestellt. Am 24. Mai 2013 begehen wir das Jubiläum dort, wo der Landesbezirk seinen Anfang nahm: im Rathaus der Freien Hansestadt Bremen. Wir möchten uns in diesem Zusammenhang bei Innensenator Ulrich Mäurer bedanken, der sich im Senat dafür einsetzte, die GdP und ihre Mitglieder in einem Festakt im Rathaus zu ehren.

Zu diesem Empfang erwarten wir zahlreiche Gäste aus der Politik, von den Gewerkschaften, Bremer Institutionen und

selbstverständlich unsere Mitglieder. Neben den Grußworten des Innensenators **Ulrich Mäurer**, unseres Bundesvorsitzenden **Bernhard Witthaut** und der DGB-Regionsvorsitzenden **Annette Düring** freuen wir uns, dass der Präsident der Bremer Bürgerschaft, **Christian Weber** die Festrede halten wird. Christian Weber hat uns verraten, dass sein Vater ebenfalls ein Schutzmännchen war und „das mit Leib und Seele“.

Aber auch Ulrich Mäurer fand diesen Anlass so bedeutend, dass er trotz eines wichtigen Termins bei der Innenministerkonferenz ein Grußwort sprechen will.

Eine ganz besondere Ehrung erfahren jedoch jene Kollegen, die gemeinsam mit der GdP von Beginn an ihren Weg gingen. Diejenigen, die in diesem Jahr 50 Jahre in der GdP sind. Bei ihnen wollen wir uns an diesem Tag mit einer Jubilarerhöhung bedanken.

Überraschung für Neueintritte in die GdP

Und jene Kolleginnen und Kollegen, die sich entschließen, in dem Zeitraum vom 1. April bis zum 24. Mai in die GdP einzutreten, erwartet ebenfalls eine besondere Überraschung. Sie erhalten 50 Euro Jubiläumsprämie und haben für fünf Monate einen reduzierten Mitgliedsbeitrag bei vollen Leistungen der GdP. Die Werber erhalten eine „Dankeschönprämie“ in Höhe von 25 Euro.

Denn eines haben uns die Gründer des GdP-Landesbezirks Bremen gelehrt: Nur eine starke GdP ist in der Lage, die Interessen der Beschäftigten von Polizei und Ordnungsbehörden kraftvoll zu vertreten. Lasst uns dieses Erbe gemeinsam ausbauen.


Horst Göbel,
Landesvorsitzender

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der Gewerkschaft der Polizei bei, deren Satzung ich anerkenne.

Bitte ausfüllen und anschließend unterschreiben an den Landesbezirk oder die entsprechende Untergliederung senden!

Ich ermächtige die **Gewerkschaft der Polizei** und die in ihrem Auftrag handelnde Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH, die in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Daten zu speichern, soweit dies zur üblichen Betreuung des Ermächtigenden oder zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erforderlich ist. Die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zur Datenübermittlung bleiben unberührt. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Umzugsfalle meine neue Adresse an den Verleger der Mitgliedszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI weiterleitet.



PASSFOTO

LD: _____ MITGLIEDSNUMMER: _____

LANDESBEZIRK: _____

ANREDE: HERR FRAU TITEL

NAME/VORNAME: _____

GEBURTSDATUM: _____

STRASSE UND HAUSNUMMER: _____

POSTLEITZAHL/ORT: _____

BUNDESLAND: _____

BANKVERBINDUNG: _____

BANKLEITZAHL: _____

KONTONUMMER: _____

GEWERKSCHAFTSBEITRIFF/KREISGRUPPE: _____

EINTRITT POLIZEIDIENST: _____

STATUS: BEAMTER(I) BESCHÄFTIGTE(R) (ANGESTELLTE(R), ARBEITER(I)N)

BEI: NEIN JA STD/WOCH

BESOLDUNGS-/VERGÜTUNGS-/LOHN-/ENTGELTGRUPPE: _____

BISHERIGE MITGLIEDSCHAFT IN ANDEREN GEWERKSCHAFTEN: _____

TELEFON: Privat: _____ Dienstlich: _____

MOBILELEGERON: Privat: _____ Dienstlich: _____

TELEFAX: Privat: _____ Dienstlich: _____

E-MAIL: Privat: _____ Dienstlich: _____

Abbuchung ab: _____

Aufgenommen durch: _____

Name: _____

Mitgliedsnummer Werber: _____

Einzugsermächtigung:
Hiermit ermächtige ich die Gewerkschaft der Polizei - bis auf Widerruf - den Gewerkschaftsbeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit (1. Februar, 1. Mai, 1. August, 1. November) zu Lasten meines oben stehend bezeichneten Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der konföhrhenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

ORT: _____ DATUM: _____ UNTERSCHRIFT: _____



unter einem guten Stern



Krankenkassenzuschuss für Dezember 2010 doppelt ausgezahlt

Eine komplizierte Berechnung und ihre Folgen

Das Begleitschreiben der Performa Nord im Dezember 2012 zum jährlichen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zu den Krankenkassenbeiträgen führte unter den Senioren zu einer großen Unruhe. Es wurde gerechnet und gerechnet, aber keiner konnte eine „Doppelbezuschussung“ erkennen.

Die Anrufe bei den zuständigen Sachbearbeitern der Performa Nord brachten auch nicht die notwendige Klärung. Eine „Doppelbezuschussung“ konnte bei der eigenen Berechnung aber nicht auffallen, da weiterhin zwölf Monate bezuschusst waren.

Auch der Fachgruppenvorstand konnte zunächst bei den monatlichen Treffen in Bremen und Bremerhaven keine verbindliche Auskunft geben. So kam kurzfristig ein Gespräch der Kollegen Walter Liebetrau, Wolfgang Stanger und Wolfgang Karzenburg mit dem Teamleiter der Abteilung A 2 von Performa Nord, Herrn Thiem, zustande. Es war schon etwas verwirrend, aber Herr Thiem ging ausführlich auf all unsere Fragen ein und klärte uns auf.

Der Reihe nach: Bis 2010 hatte Performa Nord für den Zuschuss das Kalenderjahr (Januar bis Dezember) lt. den Beitragsbescheinigungen der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) als Grundlage genommen. Der Monat Dezember 2010 war also in der Zuschussberechnung und den Zahlungen für 2010 enthalten.

Das Bürgerentlastungsgesetz von 2009 sieht vor, dass die GKV den zuständigen Finanzbehörden bis zum 10. Januar des Folgejahres nach steuerrechtlichen Vorgaben die Beiträge zu melden haben. Da die GKV am 15. eines Monats den Beitrag für den Vormonat einzieht, ist der Dezember nicht mehr in der Jahresbeitragsbescheinigung der Krankenkassen an die Finanzämter enthalten, sondern erst im Folgejahr.

Nehmen wir als Beispiel die Jahresbescheinigung 2012: Sie umfasst den Bei-

trag für den Monat Dezember 2011 und die Beiträge für die Monate Januar bis November 2012. Am Ende sind es damit wieder zwölf Monate, also eine Bescheinigung für ein volles Jahr.

Bereits im Juli 2011 legte die Senatorin für Finanzen fest, dass nur noch die von den Krankenkassen für das Meldeverfahren nach steuerrechtlichen Vorgaben erstellten Beitragsbescheinigungen für die Berechnung des Zuschusses anerkannt werden.

Deshalb wurden mit der Auszahlung im Mai 2012 rückwirkend für 2011 vergütet: **Dezember 2010** und die Monate **Januar bis November 2011!**

Dazu jetzt der Vergleich mit dem ein Jahr zuvor im Mai ausgezahlten Krankenkassenzuschuss: Hier wurde noch nach der alten Methode berechnet, also auf der Grundlage der alten Beitragsbescheinigungen der Krankenkassen. Das bedeutet, die Auszahlung im Mai 2011 umfasste die Monate **Januar bis Dezember 2010**.

An dieser Stelle wird deutlich, dass der Monat Dezember 2010 tatsächlich zweimal bezuschusst wurde, nämlich mit der Auszahlung im Mai 2011 und noch einmal mit Auszahlung im Mai 2012.

Performa Nord wird bei den Zuschüssen für 2012 (werden gezahlt im Mai 2013) den doppelten Zuschuss für Dezember 2010 wieder abziehen. Aus diesem Grunde wurde im Antrag die „Ziffer 11“ eingefügt, hier musste der KV-Beitrag Dezember 2010 eingetragen werden. Im Mai 2013 wird dann die Hälfte von der Summe – Beitrag Dezember 2010 – abgezogen. Der Zuschuss fällt dann etwas geringer aus. Das sind leider die Tatsachen!

An dieser Stelle möchten wir uns recht herzlich bei Herrn Thiem für das offene Gespräch bedanken. Vielleicht wäre dies auch ein Weg für die Zukunft – rechtzeitig die Gespräche führen!

Ich kann nur hoffen, dass bei den Treffen in Bremen und Bremerhaven die mündlichen und die schriftlichen Ausführungen (als E-Mail) allen Kolleginnen und Kollegen geholfen haben, diese komplizierte Änderung der Krankenkassenzuschüsse zu verstehen.

Wolfgang Karzenburg

Termine April

Bremerhaven

Dienstag, 9. April 2013, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 11. April 2013, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Zu diesem Termin hat der Polizeipräsident seine Teilnahme zugesagt. Aus terminlichen Gründen war seine Teilnahme im Monat Januar 2013 nicht möglich gewesen.

Wolfgang Karzenburg

GdP-SERVICE-GMBH

Urlaub schon gebucht?

In letzter Zeit die neue Homepage der GdP-Service-GmbH Bremen besucht und die Angebote studiert?

www.gdp-service-gmbh



Der öffentliche Dienst ist krank!

Die DAK hat ihren jährlichen Gesundheitsbericht veröffentlicht. Das Gesundheitswesen und die öffentliche Verwaltung sind mit einem Anteil von 4,4% Ausfallzeiten Spitzenreiter bei den Krankenständen. Bei der Polizei würden wir uns darüber freuen. Dort verzeichnen wir Ausfallquoten um die 9%. In den besonders belasteten Bereichen wie im Einsatzdienst registrieren wir einen Krankenstand, der zum Teil 15% erreicht.

Das liegt nicht am „sicheren“ Arbeitsplatz. Die Ausfallzeiten sind vielmehr das Ergebnis einer miserablen Personal-, Beschäftigungs- und Tarifpolitik, die ebenso durch mangelnde Wertschätzung wie durch steigende Arbeitsverdichtung und Personalabbau bei gleichzeitiger Abkoppelung von der Gehaltsentwicklung in

fentlichen Dienst, eigentlich müsse es doch ein glückliches Land sein, in dem den Bürgern zu Staatsdienern nicht Korruption, Ungerechtigkeit und Arroganz einfällt, sondern nur ein paar Stereotypen, die pauschal und daher harmlos seien (SZ vom 18. Februar 2013).

Öffentlicher Dienst hält Gemeinwesen am Laufen

Der öffentliche Dienst, das sind Krankenpfleger, Polizisten, Feuerwehrleute, Richter, Lehrer, Erzieherinnen, Sozialarbeiter, Finanzbeamte, Sachbearbeiter in etlichen Behörden. Der öffentliche Dienst ist es, der unser hochkomplexes Gemeinwesen sehr viel effizienter am Laufen hält, als das in irgendeinem anderen Staat der Fall ist.

Und man fragt sich, ob es besonders schlau ist, die Menschen mies zu behandeln, die unsere Kinder betreuen und erziehen, von denen unser Leben bei einem schweren Unfall abhängt, die uns betreuen, wenn wir schwerkrank sind oder die für die Sicherheit und Ordnung in unserem Gemeinwesen sorgen. Darüber denken die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes aber sehr viel weniger nach, als darüber, dass sie wieder gewählt werden wollen.

Die Mehrheit der Wähler schätzt zwar den Polizisten, den Feuerwehrmann, den Lehrer, die Erzieherin und den Krankenpfleger. Allgemein wird der öffentliche Dienst aber erstaunlicherweise für aufgebläht, schwerfällig und für zu teuer gehalten. Und deshalb finden es die öffentlichen Arbeitgeber auch unheimlich cool, anlässlich der berechtigten Tarifforderungen erst einmal auf ihre Beschäftigten einzuschlagen. Allen voran die Bremer Finanzsenatorin, die nach dem Ende ihrer politischen Karriere ganz sicher lukrative Angebote als Personalchefin in Billigsupermarktketten erhalten wird.



Jörg Eilers, Vorsitzender der Kreisgruppe Bremerhaven

Miese Behandlung der Arbeitnehmer

Kein Unternehmen, das langfristig mit ähnlich hochwertigen Dienstleistungen und Produkten am Markt bestehen will, wird seine Beschäftigten derart mies behandeln, wie es die öffentlichen Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen tun.

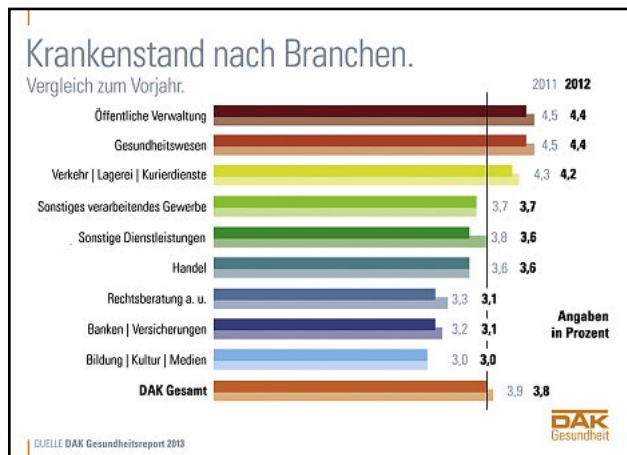
Aber sind Ihnen nicht die Hände gebunden? Sie lässt sich nicht wegdiskutieren: die Krise der öffentlichen Haushalte. Wie verantwortungslos von uns, in der Not auch noch Forderungen zu stellen, wo doch der Staat kein Geld hat.

Nicht nur, dass wir von den politisch Verantwortlichen mies behandelt werden, sie halten uns offensichtlich auch für völlig verblödet, wenn sie behaupten, sie hätten kein Geld. Wären sie aufrichtig – eine Eigenschaft, die in diesen Kreisen ausgesprochen verpönt ist, sonst würde sich ja keiner über Peer Steinbrück aufregen – wären sie also aufrichtig, würden sie sagen:

Wir haben kein Geld für EUCH!

WIR haben Geld für Spekulanten, Hoteliers und für Banken, wir haben Geld für fragwürdige Konjunkturmaßnahmen, wir haben Geld für das bescheuerte Betreuungsgeld und für etliche irrsinnige

Fortsetzung auf Seite 8



Grafik: DAK-Gesundheit

vergleichbaren Branchen geprägt wird. Die Beamtenrechtsreformen haben ihren Teil dazu beigetragen, indem das ehemals homogene Rechtsgefüge in eine kostenintensive und verwaltungsaufwändige Kleinstaaterei zerschlagen wurde.

Die Ausfallzeiten sind deshalb so alarmierend, weil sie den Beginn einer existenziellen Krise des öffentlichen Dienstes anzeigen.

In der Süddeutschen Zeitung konstatierte der Journalist Detlef Esslinger zu den Tarifaueinandersetzungen im öf-



Fortsetzung von Seite 7

Großprojekte, über die WIR Politiker erfolglos Aufsicht führen, um dafür die dicke Kohle zu kassieren, aber:

WIR haben kein Geld für EUCH!

Und dabei wäre es doch gut investiert. Eine intelligente und sozialverträgliche Personalpolitik im öffentlichen Dienst würde sich bezahlt machen.

Zum einen aufgrund unzähliger volkswirtschaftlicher Effekte, die hier aufzuzählen den Rahmen sprengen würde, die aber inzwischen als unstrittig gelten. Gute Bildung oder die verlässliche Wahrnehmung staatlicher Kontrollaufgaben bei der Polizei oder den Finanzbehörden bedeuten selbstverständlich einen erheblichen volkswirtschaftlichen Mehrwert.

Zum anderen kann der Staat auch ganz unmittelbar sparen, was wir am Beispiel der Ortspolizeibehörde Bremerhaven belegen möchten.

Wie eingangs erwähnt, ist die Ausfallquote bei der Polizei in Bremerhaven doppelt so hoch, wie die des öffentlichen Dienstes lt. Gesundheitsreport der DAK. Sie liegt bei schlappen 9% und bei bis zu 15% in den Schichtdienstbereichen.

Index-Gute-Arbeit gibt Aufschluss über Ursachen

Wir kennen die Ursachen ziemlich genau, denn dafür haben wir die Mitarbeiterbefragung nach dem Index-Gute-Arbeit des DGB gemacht.

Die Beschäftigten der Ortspolizeibehörde erkranken vor allem an zu hoher Arbeitsintensität, an mangelnden Aufstiegschancen und an der zu geringen Entlohnung.

Wir schlagen daher Folgendes vor:

Die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten wird auf 38,5 Stunden pro Woche mit entsprechendem Personalausgleich verkürzt.

Alle Beschäftigten der Ortspolizeibehörde erhalten mit dem Dezembergehalt wieder eine Sonderzuwendung in Höhe von mindestens 70% des Bruttogehals.

Im Rahmen eines Stufenkonzeptes wird bei der Polizei bis 2020 die amtsangemessene Besoldung eingeführt.

Für Dienst zu ungünstigen Zeiten wird ein Zuschlag von fünf Euro pro Stunde gezahlt. Daraus werden im ersten Jahr jährliche Mehrkosten in Höhe von rd.

zwei Millionen Euro und nach Ablauf von acht Jahren zusätzliche Kosten in Höhe von drei Millionen Euro resultieren.

Aber es wird gelingen, die Ausfallzeiten durch Krankheit auf den Bundesdurchschnitt zu senken, was einer Einsparung von Personal- und Behandlungskosten von rd. zwei Millionen Euro entspricht. Überträgt man die Zahlen auf die gesamte Polizei im Land Bremen, entsprächen die zusätzlichen Kosten einem Anteil von 0,2% an den jährlichen Ausgaben des Landes Bremen.



Aber ja, nee, ist klar! Diese Berechnung löst jetzt heftiges Gelächter aus. Hahaha, als hätte Geld eine heilende Wirkung, werden die überwiegend ahnungslosen Lenker und Denker einwenden.

Und sie haben ja recht. Geld allein macht nicht glücklich! Aber es beruhigt dafür bekanntlich ungemein.

Wir dürfen den oben erwähnten Artikel in der Süddeutschen Zeitung noch einmal zitieren: „Geld fehlt nicht nur dem Staat. Auch Lehrern und Polizisten!“, heißt es dort. Wie wahr!

Zu wenig Geld beunruhigt

Geld beruhigt und zu wenig Geld beunruhigt, und das ist es, was krank macht. Nebenjobs machen krank und Weihnachts das Konto zu überziehen, um seine Kinder ebenso mit Geschenken zu überhäufen, wie der Bankangestellte im Nachbarhaus oder der Fluggerätemechaniker von gegenüber, trägt auch nicht gerade dazu bei, den nervösen Magen zu beruhigen.

Und da soll jetzt bitte keiner um die Ecke kommen und etwas von ideellen Werten erzählen, auf die es schließlich ankommt. Will ernsthaft jemand abstreiten, dass wir in einer auf Konsum ausgerichteten Gesellschaft leben? Bei uns in

Deutschland hat ein hoher Lebensstandard einen tragenden Charakter. Wir leben in einem ständigen Konkurrenzkampf des Habens, der von der Politik ganz ausdrücklich gefördert wird.

Letztlich geht es außerdem darum, dass jeder Beruf auch einen Wert hat und aus diesem Wert resultiert ein Anspruch auf einen angemessenen Lebensstandard. Das sieht das soziale Umfeld genauso.

Insofern ist der Begriff von der amtsangemessenen Alimentation natürlich ein schlechter Witz, der sich mit den Worten zusammenfassen lässt:

„Wie, Du kannst Dir das nicht leisten? Ich denke, Du bist Beamter?“

Irgendwie blöde, das Ganze, gerade jetzt, wo wir uns doch im Kampf um die klugen Köpfe befinden. Der Verband Deutscher Ingenieure hat es auf den Punkt gebracht: „Um Nachwuchskräfte zu gewinnen, müssen Unternehmen sich als interessante Arbeitgeber präsentieren.“

Bewerberzahlen bei der Polizei stark rückläufig

Wie wir aus etlichen Studien wissen, suchen junge Menschen beruflich eine interessante Tätigkeit, Entwicklungsmöglichkeiten, Work-Life-Balance und einen guten Lebensstandard. An der interessanten Tätigkeit wird es nicht gelegen haben, dass die Bewerberzahlen bei der Polizei in Bremen und Bremerhaven im letzten Jahr dramatisch eingebrochen sind.

Damit sind wir wieder beim Ausgangspunkt. Der öffentliche Dienst macht seine Beschäftigten krank. Wenn diese Entwicklung nicht in einer massiven Krise münden soll, brauchen wir ein Umdenken, nicht nur bei den öffentlichen Arbeitgebern, sondern auch bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Das gilt auch für die GdP. Ich möchte sie auf Bundesebene wieder mehr als gewerkschaftliche Interessenvertretung wahrnehmen. Kampfradler spielen an der Basis eine eher untergeordnete Rolle.

Warten wir also auf den nächsten Krankenreport und verbinden dies mit der Mahnung an unsere Mitglieder, ihrer Gesundheit einen höheren Stellenwert einzuräumen, als ihren dienstlichen Verpflichtungen.

Achtet auf eure Gesundheit!

Jörg Eilers

